

## Niederschrift

über die 8. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 17.09.2015  
(9. Wahlperiode)

## Tagesordnung

	Seite
<b>Öffentliche Sitzung</b> .....	5
<b>1 Einwohnerfragestunde</b> .....	5
<b>2 Musterklage bei der Erhebung von Beiträgen nach dem KAG und dem BauGB Vorlage: BM/0288/2015</b> .....	5
<b>3 Flughafen Düsseldorf „Vorfeld West“ Planfeststellungsbeschluss des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (MBWSV) NRW vom 15.06.2015 Vorlage: BM/0087/2015</b> .....	5
<b>4 2. Bericht zur Finanzsituation 2015 zum 31.08.2015 Vorlage: SFI/0085/2015</b> .....	6
<b>5 Neufassung der Geschäftsordnung des Rates Vorlage: ZD/0286/2015</b> .....	6
<b>6 Benennung einer Erschließungsstraße in Meerbusch-Büderich im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 82 Vorlage: FB6/0277/2015</b> .....	6
<b>7 Benennung von Erschließungsstraßen in Meerbusch-Büderich im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 239 " Moerser Straße/Kanzlei/Blumenstraße " Vorlage: FB6/0278/2015</b> .....	7
<b>8 Frauenförderplan</b> .....	8
<b>9 Vorschriften für die Haushaltswirtschaft nach der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) Vorlage: SFI/0248/2015</b> .....	9
<b>10 Bildung des Kriminalpräventiven Rates Vorlage: FB1/0020/2015</b> .....	9
<b>11 Anträge</b> .....	10
<b>11.1 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 3. August 2015 betr. Vergaberegeln für das Bürgergeld Vorlage: ZD/0071/2015</b> .....	10
<b>11.2 Neuschaffung einer Stelle für einen hauptamtlichen "Flüchtlingsbeauftragten"</b> .....	11
<b>12 Anfragen</b> .....	11

12.1	Anfrage der Fraktion Die Aktiven vom 28. Juli 2015 betr. Organsiation und Durchführung Weihnachtsmarkt Meerbusch-Büderich Vorlage: ZD/0030/2015.....	11
13	Bericht der Wirtschaftsförderung.....	12
14	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle.....	12
15	Termin der nächsten Sitzung: 12. November 2015.....	12
16	Verschiedenes .....	12
16.1	Beisetzung Rudolf Cornelißen.....	12
16.2	Querkopf-Akademie.....	13

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:20 Uhr

Anwesend:

**Vorsitzende**

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

**von der CDU-Fraktion**

Herr Werner Damblon	Ratsmitglied	
Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied	Vertreterin für Ratsherrn Denecke
Herr Thomas Jung	Ratsmitglied	
Herr Franz-Josef Jürgens	Ratsmitglied	Vertreter für Ratsherrn Wartchow
Herr Leo Jürgens	Ratsmitglied	
Frau Renate Kox	Ratsmitglied	
Frau Gabriele Pricken	Ratsmitglied	
Frau Petra Schoppe	Ratsmitglied	

**von der SPD-Fraktion**

Herr Jürgen Eimer	Ratsmitglied	anwesend bis TOP 13
Herr Georg Neuhausen	Ratsmitglied	
Frau Nicole Niederdelmann-Siemes	Ratsmitglied	

**von der FDP-Fraktion**

Herr Klaus Rettig	Ratsmitglied	
Herr Christian Welsch	Ratsmitglied	Vertreter für Ratsherrn Gabernig

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Jürgen Peters	Ratsmitglied	
Frau Dr. Karen Schomberg	Ratsmitglied	

**von der Fraktion DIE LINKE und Piraten**

Herr Marc Janßen	Ratsmitglied	
------------------	--------------	--

**von der Fraktion Aktive Bürger Meerbusch - Die Aktiven**

Herr Christian Staudinger-Napp	Ratsmitglied	
--------------------------------	--------------	--

**Beratende Mitglieder**

Frau Daniela Glasmacher	Ratsmitglied	
Herr Wolfgang Müller	Ratsmitglied	

**von der Verwaltung**

Herr Frank Maatz	Erster Beigeordneter	
Herr Dr. Just Gérard	Beigeordneter	
Herr Helmut Fiebig	Stadtkämmerer	
Herr Heiko Bechert	Bereichsleiter Fachbereich 1	
Herr Thomas Fox	Bereichsleiter Rechnungsprüfungsamt	
Herr Björn Kerkmann	Referent der Bürgermeisterin	
Herr Claus Klein	Bereichsleiter Service Immobilien	
Herr Ulrich Mombartz	Vorsitzender Personalrat	

Frau Gabriele Parschau  
Frau Heike Reiß  
Herr Heinrich Westerlage

Gleichstellungsbeauftragte  
Wirtschaftsförderungsreferat  
Bereichsleiter Service Recht

**Schriftführer**

Herr Jürgen Wirtz

Bereichsleiter Zentrale Dienste

es fehlen:

**von der CDU-Fraktion**

Herr Hans Jürgen Denecke  
Herr Jörg Wartchow

Ratsmitglied  
Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Herr Thomas Gabernig

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung verweist Bürgermeisterin Mielke-Westerlage auf die verteilten Tischvorlagen. Sie schlägt vor, die Anfrage der Fraktion Die Aktiven bezüglich der Schulungsmaßnahmen für Mitglieder des kriminalpräventiven Rates unter TOP 10 und den Antrag der SPD-Fraktion bezüglich der Schaffung einer hauptamtlichen Stelle eines „Flüchtlingsbeauftragten“ unter TOP 11.2 zu behandeln. Ferner verweist Sie auf die verteilte Informationsvorlage der Verwaltung zu TOP 4 (2. Bericht zur Finanzsituation 2015).

## **Öffentliche Sitzung**

### **1 Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

### **2 Musterklage bei der Erhebung von Beiträgen nach dem KAG und dem BauGB Vorlage: BM/0288/2015**

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert die vorliegende Informationsvorlage der Verwaltung. Eine Umfrage bei Nachbarkommunen des Rhein-Kreises Neuss, der Landeshauptstadt Düsseldorf als auch beim Städte- und Gemeindebund NRW habe ergeben, dass ein derartiges Verfahren bisher noch nirgends angewendet oder getestet wurde. Insofern beschreite die Stadt Meerbusch mit dem vorliegenden Verwaltungsvorschlag, Musterklageverfahren zuzulassen, juristisches Neuland. Lediglich die Stadt Düsseldorf habe im Jahre 1997 in einem Abrechnungsfall Musterklagen zugelassen, habe jedoch negative Erfahrungen gesammelt und rate daher ab.

In der nachfolgenden Diskussion begrüßen Vertreter aller Fraktionen den in der Informationsvorlage der Verwaltung aufgezeigten Weg und nehmen die Vorlage zustimmend zur Kenntnis.

### **3 Flughafen Düsseldorf „Vorfeld West“ Planfeststellungsbeschluss des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (MBWSV) NRW vom 15.06.2015 Vorlage: BM/0087/2015**

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert die Informationsvorlage und verweist insbesondere auf die vom Flughafen Düsseldorf verfolgte Salami-Taktik, die den Zweck verfolge letztlich eine Kapazitätserweiterung durchzusetzen. Die Verwaltung schlage daher vor, den Klageweg zu beschreiten. In einem Abstimmungstermin hätten die Bürgermeister der vom Fluglärm betroffenen Nachbarstädte mitgeteilt, ebenfalls juristisch gegen den Planfeststellungsbeschluss vorgehen zu wollen.

Zum Stand des Verfahrens auf Kapazitätserweiterung sei festzuhalten, dass der Flughafen den Antrag im Februar im Ministerium gestellt habe. Da er nicht vollständig war, wurde er an den Flughafen zur Überarbeitung zurückgereicht. Der Fluglärmkommission wurde mitgeteilt, dass mit einer Offenlage der Planunterlagen vor Ende des Jahres nicht zu rechnen sei. Der eingereichte Antrag sei den Kommunen auch nicht, wie dies vom Minister als vertrauensbildende Maßnahme zugesagt war, zur Verfügung gestellt worden.

Vertreter aller Fraktionen begrüßen den von der Verwaltung aufgezeigten Weg.

**4            2. Bericht zur Finanzsituation 2015 zum 31.08.2015**  
**Vorlage: SFI/0085/2015**

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt aus, dass der Finanzplan 2015 im Haushalt 2014 ein Defizit von 5,37 Mio Euro ausgewiesen hätte. Trotz Kalkulation geringerer Einnahmen aus Einkommensteuer sei es gelungen, den Fehlbedarf um 2,1 Mio Euro auf 3,6 Mio Euro für 2015 zu reduzieren. Die Haushaltsabwicklung belegt, dass die Ansätze auskömmlich geplant seien. Stadtkämmerer Fiebig erläutert den als Tischvorlage verteilten 2. Bericht zur Finanzsituation 2015 mit Stand zum 31.08.2015.

Auf Nachfrage erläutert er, dass bei den Baumaßnahmen derzeit rd. 3,4 Mio. € abgeflossen seien, der Kontierungsbetrag sich jedoch auf rd. 10 Mio. € belaufe. Ob die kompletten 14,1 Mio. € abfließen würden, sei derzeit nicht sicher zu prognostizieren. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erklärt, dass es bei der Realisierung der Tiefbaumaßnahmen zu Verzögerungen gekommen sei und verweist hierzu auf die Beispiele der Straßenbaumaßnahme „Am Oberbach“ und „Kemper Allee“.

Ratsherr Damblon erklärt, dass sich an diesem Bericht zeige, dass die beschlossenen Ansätze stimmig seien und eine solide Haushaltsführung erfolge. Nach wie vor müsse die Zielsetzung sein, in dieser Legislaturperiode zu einer schwarzen Null zu kommen. Auf Nachfrage von Ratsfrau Schoppe erklärt Bürgermeisterin Mielke-Westerlage, dass die Aufwendungen für die Flüchtlinge in den Notunterkünften vom Land erstattet würden und eine erste Rate bereits in der angeforderten Höhe bezahlt wurde. Die Nachfrage von Ratsherrn Staudinger-Napp bezüglich des Standes des Verkaufs des Bauhofgeländes wird im nichtöffentlichen Sitzungsteil angesprochen.

**5            Neufassung der Geschäftsordnung des Rates**  
**Vorlage: ZD/0286/2015**

**Beschlussvorschlag:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat die beigefügte Neufassung der Geschäftsordnung des Rates

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage verweist auf die Beratungsvorlage. Sie informiert den Ausschuss über kleinere redaktionelle Änderungen in den §§ 2 Abs. 3 und 12 Abs. 1. Zudem erläutert sie die neuen Regelungen zum Datenschutz und zur Datenverarbeitung in den §§ 26 und 27, die der Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes NRW entsprächen.

**6            Benennung einer Erschließungsstraße in Meerbusch-Büderich im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 82**  
**Vorlage: FB6/0277/2015**

**Beschlussvorschlag:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschließt, die Planstraße 1 mit

“ Auf dem Brühl“

zu benennen.

**Abstimmungsergebnis:**

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
CDU	8		
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen			2
Fraktion Die Aktiven	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten			1
Bürgermeisterin	1		
<b>Gesamt</b>	<b>12</b>	<b>3</b>	<b>3</b>

Ratsherr Damblon schlägt für die CDU-Fraktion vor, die Planstraße 1 abweichend vom Verwaltungsvorschlag „Auf dem Brühl“ zu benennen, da dies auch die Flur- und Ortsbezeichnung sei und das Gebiet unter diesem Begriff bekannt sei. Die Fraktionen der FDP und Die Aktiven schließen sich diesem Vorschlag an.

**7 Benennung von Erschließungsstraßen in Meerbusch-Büderich im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 239 " Moerser Straße/Kanzlei/Blumenstraße "**  
**Vorlage: FB6/0278/2015**

**Beschlussvorschlag:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschließt, die im Bebauungsplan Nr. 239 festgesetzten Planstraßen wie folgt zu benennen.

Planstraße 1 " Ernst-Handschumacher-Straße "  
 Planstraße 2 " In der Gasse "  
 Planstraße 3 " Anneliese-Gestermann-Straße "

**Abstimmungsergebnis:** Planstraße 1- (Ernst-Handschumacher-Straße)

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen			2
Fraktion Die Aktiven	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten			1
Bürgermeisterin	1		
<b>Gesamt</b>	<b>15</b>		<b>3</b>

**Abstimmungsergebnis:** Planstraße 2 – In der Gasse

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
CDU	8		
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
Fraktion Die Aktiven	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten			1
Bürgermeisterin	1		
<b>Gesamt</b>	<b>12</b>	<b>5</b>	<b>1</b>

**Abstimmungsergebnis:** Planstraße 3 – Anneliese-Gestermann-Straße

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
CDU	8		
SPD		3	
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
Fraktion Die Aktiven	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Bürgermeisterin	1		
<b>Gesamt</b>	<b>10</b>	<b>8</b>	

Ratsherr Damblon schlägt vor, die Straßen abweichend vom Verwaltungsvorschlag wie folgt zu benennen:

Planstraße 1 Ernst-Handschumacher-Straße  
 Planstraße 2 In der Gasse  
 Planstraße 3 Anneliese-Gestermann-Straße

Ratsherr Rettig macht den Vorschlag, die Straßen wie folgt zu benennen:

Planstraße 1 Am Schackumer Graben  
 Planstraße 2 In der Gasse  
 Planstraße 3 Ringstraße

Ratsherr Neuhausen erklärt, dass seine Fraktion den Verwaltungsvorschlag unterstütze.

Ratsfrau Dr. Schomberg macht folgenden Vorschlag:

Planstraße 1 Ernst-Handschumacher-Straße  
 Planstraße 2 Elisabeth-Selbert-Straße  
 Planstraße 3 Am Schackumer Bach

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage fasst die Vorschläge zusammen und lässt über die einzelnen Planstraße einzeln abstimmen.

**8 Frauenförderplan**

Herr Wirtz verweist auf den übersandten Frauenförderplan 2011 – 2014 und nimmt Bezug auf den seinerzeitigen Beschluss des Rates der Stadt Meerbusch im Jahre 2001. Er zeigt anhand von Zahlen der einzelnen Beschäftigungsgruppen die Entwicklung der letzten 15 Jahre auf und stellt fest, dass insbesondere im Bereich des gehobenen Dienstes eine positive Entwicklung zu verzeichnen sei, da die Zahlen der dort beschäftigten Frauen deutlich gestiegenen seien. Erfahrungsgemäß würden die Führungskräfte sich aus diesem Potenzial rekrutieren, so dass mit einer weiter steigenden Zahl von Frau in Führungspositionen zukünftig zu rechnen sei.



Frau Parschau stellt insbesondere den hohen Anteil der Frauen in Teilzeitarbeitsformen heraus und erläutert die Vielzahl der vorhandenen, maßgeschneiderten Teilzeitmodelle und spezielle Fortbildungsmaßnahmen für Frauen. Weitere Nachfragen aus dem Ausschuss werden von Bürgermeisterin Mielke-Westerlage, Frau Parschau und Herrn Wirtz beantwortet.

**9 Vorschriften für die Haushaltswirtschaft nach der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO)  
Vorlage: SFI/0248/2015**

**Beschlussvorschlag:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat gem. § 22 Abs.1 GemHVO der nachstehenden Regelung zuzustimmen:

Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen sind übertragbar und bleiben bis zum Ende des folgenden Haushaltsjahres verfügbar.

Ermächtigungen und Auszahlungen von Investitionen bleiben bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar; bei Baumaßnahmen und Beschaffungen jedoch längstens zwei Jahre nach Schluss des Haushaltsjahres, in dem der Vermögensgegenstand in seinen wesentlichen Teilen in Benutzung genommen werden kann. Länger sind Baumaßnahmen die durch einen Dritten (Straßen.NRW, Rhein-Kreis-Neuss, etc.) im Rahmen einer Kostenvereinbarung für die Stadt durchgeführt werden, verfügbar.

Werden Investitionsmaßnahmen im Haushaltsjahr nicht begonnen, bleiben die Ermächtigungen bis zum Ende des zweiten, dem Haushaltsjahr folgenden Jahr verfügbar.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert die Beratungsvorlage und beantwortet Nachfragen des Ausschusses.

**10 Bildung des Kriminalpräventiven Rates  
Vorlage: FB1/0020/2015**

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschließt, den kriminalpräventiven Rat um Vertreter der Fraktionen zu ergänzen. Über die Arbeit des kriminalpräventiven Rates ist einmal jährlich im Haupt- und Finanzausschuss zu berichten. Die Geschäftsordnung wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
Fraktion Die Aktiven	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
<b>Gesamt</b>	<b>16</b>	<b>2</b>	

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage nimmt Bezug auf die Beratungsvorlage und stellt dar, dass im Jahre 2011 die Erweiterung des Wirkungskreises des kriminalpräventiven Rates erfolgt sei. Grund war insbesondere die steigende Zahl von Eigentumsdelikten, hier insbesondere die Wohnungseinbrüche. Ziel sei es nunmehr, die Besetzung des kriminalpräventiven Rates zu erweitern und der Arbeit durch eine Geschäftsordnung Struktur zu geben.

Ratsherr Peters führt aus, dass seine Fraktion die Alternative bevorzuge und eine Beratung des Themenkreises im Ausschuss sähe. Ratsherr Staudinger-Napp erklärt, es wäre richtig ein Erfolgsmodell wiederzubeleben, alle gesellschaftlichen Gruppen müssten beteiligt werden. Ratsherr Rettig sieht im Beschlussvorschlag und der Alternative keinen Widerspruch, beides wäre möglich. Ratsherr Eimer sieht diesen Arbeitskreis in einer Lenkungsfunktion von dem Impulse ausgehen müssten. Ratsherr Damblon unterstützt den Verwaltungsvorschlag weist aber auch daraufhin, dass derartige Arbeitskreise nicht überhand nehmen dürften, da die zeitliche Beanspruchung der Beteiligten heute schon sehr hoch sei. Der kriminalpräventive Rat könne aber Maßnahmen konkret erarbeiten, wichtig sei auch, dass er offen an allen Themen arbeite und nicht nur die Problematik der Jugendkriminalität behandle. Auf Vorschlag von Ratsherrn Neuhausen besteht Einigkeit, dass einmal jährlich aus der Arbeit des kriminalpräventiven Rates im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss berichtet wird.

## **11 Anträge**

### **11.1 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 3. August 2015 betr. Vergaberegeln für das Bürgergeld Vorlage: ZD/0071/2015**

#### **Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschließt nachstehende Vergaberegeln für das Bürgergeld:

1. Die Mittel stehen betragsmäßig nur in der im Haushalt ausgewiesenen Höhe zur Verfügung.
2. Die Mittel stehen zur Anschaffung von Sachen und Dienstleistungen bereit, die auf einen Bürgerwunsch zurückzuführen sind.
3. Anträge auf Anschaffungen und Dienstleistungen sind formlos schriftlich an die Stadtverwaltung zu richten.
4. Ein Anspruch auf Anschaffung oder Durchführung der Dienstleistung besteht nicht.
5. Vereine oder Verbände können keine Mittel beantragen, da es um ein Angebot für die nicht organisierte Bürgerschaft geht.
6. Die Höhe einer Einzelmaßnahme ist auf maximal 5.000 Euro beschränkt.
7. Die bewilligten Maßnahmen werden in der Regel durch die Stadtverwaltung durchgeführt. Wird im Ausnahmefall der Initiator der Bürgeranregung mit der Durchführung beauftragt, hat er über die verwendeten bewilligten Gelder einen einfachen Verwendungsnachweis zu erbringen.
8. Es ist auf eine ausgewogene Verteilung der Maßnahmen, sowohl verteilt auf das Stadtgebiet, wie auf die Art der Maßnahme zu achten.

9. Über die Anträge auf Zahlungen aus dem Bürgergeld und die bewilligten Summen berichtet die Stadtverwaltung mit einer Übersicht aller eingegangenen Anträge dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Auf Nachfrage erläutert Bürgermeisterin Mielke-Westerlage, welche Anträge zwischenzeitlich eingegangen sind und wo die Mittel im Haushalt des Jahres 2015 veranschlagt sind. Überwiegend ginge es um zusätzliche Dogstationen, Bänke, Nachpflanzungen im Straßenbegleitgrün oder Wegeausbesserungen. Ratsherr Janßen schlägt vor, dass der Ausschuss über Maßnahmen entscheiden solle, die den Höchstbetrag von 5.000 € überschreiten. Dies wird überwiegend als wenig praktikabel angesehen. Mehrheitlich wird die Auffassung vertreten, mit den nun zur Beschlussfassung vorliegenden Regelungen zu arbeiten und hiermit erste Erfahrungen zu sammeln.

### **11.2 Neuschaffung einer Stelle für einen hauptamtlichen "Flüchtlingsbeauftragten"**

Mit Hinweis auf die im nichtöffentlichen Teil zu beratende Informationsvorlage der Verwaltung zu beabsichtigten Personalmaßnahmen erklärt Frau Niederdellmann-Siemes, dass ihre Fraktion den Antrag zunächst zurückziehe.

## **12 Anfragen**

### **12.1 Anfrage der Fraktion Die Aktiven vom 28. Juli 2015 betr. Organisation und Durchführung Weihnachtsmarkt Meerbusch-Büderich Vorlage: ZD/0030/2015**

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage beantwortet die Anfrage wie folgt:

Die "Meerbuscher Winterwelt" findet seit der Premiere im Jahr 2005 auf dem Dr.-Franz-Schütz-Platz in Büderich statt. Veranstalter ist die Werbe- und Interessengemeinschaft Büderich (WUI), Ausrichter ist der Gastronom Klaus Unterwainig.

Entstanden ist die "Winterwelt" im Jahr 2005 aus dem gemeinsamen Bestreben der Stadt und der Werbe- und Interessengemeinschaft Büderich, in Meerbusch ein Winter-Event mit Anziehungskraft über die Stadtgrenzen hinaus zu realisieren. Mit Klaus Unterwainig wurde ein erfahrener, heimischer Gastronom gewonnen, der bereit war, die "Winterwelt" unter hohem wirtschaftlichen Risiko langfristig zu entwickeln und auszubauen. Ein Ausschreibungsverfahren der Werbegemeinschaft war nicht erforderlich.

Die Werbegemeinschaft nutzt die "Winterwelt" u.a. als vorweihnachtliches Zugpferd für den Einzelhandel. Zudem war es der Wunsch der Initiatoren, den Meerbuscher Bürgern - vor allem den Kindern und Jugendlichen - ein attraktives Event zu präsentieren. Ein lokal geprägtes Bühnenprogramm, das unter anderem heimischen Kindergärten und Schulen, Musikgruppen und Bands Möglichkeiten zum Auftritt vor größerem Publikum gibt, sorgt für einen unterhaltsamen Rahmen. Für die Meerbuscher Schulen gibt es regelmäßige Freilaufzeiten.

Inzwischen hat der Gastronom durch erhebliche Investitionen die Eisfläche deutlich vergrößert und überdacht, die Eisaufbereitung auf den technisch neuesten Stand gebracht und ein alpines Holzhütendorf um die Eisfläche gebaut.

Städtische Zuschüsse an den Betreiber werden nicht gezahlt. Die Finanzierung der "Winterwelt" erfolgt über die Einnahmen und über Sponsorengelder. Die Stadt übernimmt die Öffentlichkeitsarbeit für die Winterwelt und beteiligt sich mit vier Sonntagsvorstellungen am Bühnenprogramm.

Mit dem von der Stadt initiierten „Meerbuscher Nikolaus-Sonntag" ist es gelungen, die "Winterwelt" über Pendelbusse mit den Nikolausmärkten in Osterath und Lank-Latum zu einem stadtteilübergreifenden Event zu verknüpfen. Der Nikolaus-Sonntag ist in seiner Art einmalig, er ist identitätsstiftend für Meerbusch und ein Gewinnbringer für alle drei Veranstaltungen.

### **13 Bericht der Wirtschaftsförderung**

Wirtschaftsförderin Reiß erstattet mittels einer Powerpoint-Präsentation den Bericht und beantwortet Fragen aus dem Ausschuss. Der Bericht ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Ratsherr Peters schildert, dass es immer wieder vorkomme, dass Behinderten-Parkplätze, die auf firmeneigenem Gelände (z.B. Parkplatz Baumarkt) vom Betreiber vorzuhalten seien, von Nichtberechtigten genutzt würden. Er bittet Frau Reiß bei den Betreibern darauf hinzuwirken, dass die Parkplätze für ihren eigentlich Zweck zur Verfügung stünden.

Ratsherr Staudinger-Napp fragt nach, wie der Sachstand hinsichtlich eines Nachmieters des EDEKA-Marktes am Deutschen Eck sei. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erklärt, dass derzeit noch kein Nachmieter gefunden sei, der Inhaber aber nach wie vor Gespräch führe, um eine Lösung zu finden.

### **14 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle**

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

### **15 Termin der nächsten Sitzung: 12. November 2015**

Die nächste Sitzung findet gem. Langzeitplan am 12. November 2015 statt.

### **16 Verschiedenes**

#### **16.1 Beisetzung Rudolf Cornelißen**

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage setzt den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss davon in Kenntnis, dass der Gründer der Städtepartnerschaft mit Fouesnant, Herr Rudolf Cornelißen verstorben ist. Sie würdigt kurz die außerordentlichen Verdienste des Herrn Cornelißen, dem für sein Wirken auch der Ehrenring der Stadt Meerbusch verliehen wurde. Die Beisetzung findet am Dienstag, den 22.09.2015 statt. Aus der Partnerstadt Fouesnant wird eine Abordnung teilnehmen.

## 16.2 Querkopf-Akademie

Ratsherr Staudinger-Napp nimmt Bezug auf ein Schreiben von Frau Bundrock-Muhs an die Fraktionen bezüglich eines Projektes der Querkopf-Akademie und fragt, ob die Stadt Meerbusch sich beteilige. Erster Beigeordneter Maatz erklärt, dass ihm dieses Schreiben zwar bekannt sei, die Stadt Meerbusch aber nicht direkt angeschrieben wurde. Verwaltungsseitig sei eine Beteiligung nicht vorgesehen.

Meerbusch, den 23. September 2015

---

Angelika Mielke-Westerlage  
Bürgermeisterin

---

Jürgen Wirtz  
Schriftführer/in